

Befragter: Hans-Günter Heiden
Interviewer: Jörg von Bilavsky

Sehr geehrter Herr Heiden, vielen Dank, dass Sie heute Zeit gefunden haben für ein Interview über Ihr Leben mit einer Beeinträchtigung und vor allem über Ihre Auseinandersetzung mit Behinderung und Behindertenpolitik.

Biografisches

Aus welchem Elternhaus stammen Sie, und wie hat es Sie geprägt?

Mein Vater war Sparkassenangestellter, meine Mutter Hausfrau. Es war ein katholisches Elternhaus und hat mich stark geprägt: Durch meinen Vater der Umgang mit Geld, ich wurde immer angehalten, keine Schulden zu machen und nicht zu viel Geld auszugeben, zu sparen. Und durch meine Mutter habe ich das Interesse für Literatur, für die Publizistik mitbekommen. Ihr wohlgefüllter Bücherschrank hat mich animiert, viel zu lesen und immer darauf zu achten, wer zuerst das neue Buch vom Bertelsmann-Lesering in Finger bekommen hat.

Welche Art von Beeinträchtigung haben Sie und seit wann?

Das ist für meine berufliche Tätigkeit wenig von Relevanz. Daher möchte ich nicht darüber sprechen. Es ist eine nicht sichtbare Beeinträchtigung. **Und weil wir hier über Behindertenpolitik sprechen, ist es mir wichtig festzuhalten, dass es mittlerweile ein neues Verständnis von Behinderung gibt: Der Abschied vom medizinischen Modell von Behinderung, das davon ausgeht, dass da irgendwo ein Defekt ist, und dieser Defekt dafür verantwortlich ist, dass die Teilnahme an der Gesellschaft, Inklusion, nicht gelingt. Das ist spätestens mit der UN-Behindertenrechtskonvention, über die wir gleich noch sprechen werden, anders. Dort ist das menschenrechtliche Modell von Behinderung maßgeblich, das besagt: Da ist eine Beeinträchtigung – sichtbar oder nicht sichtbar –, und wenn die mit einer Umwelt zusammentrifft, die eine Barriere darstellt – eine reale Barriere oder eine einstellungsbedingte Barriere –, dann ist das Ergebnis dieses komplexen Prozesses ein Behinderungskonstrukt.** Das ist noch sehr schwer vorstellbar, denn wir sind es umgangssprachlich gewohnt zu sagen: “Der hat eine Behinderung.” Aber das trifft es eigentlich nicht und ist auch ein Punkt, den ich gerne thematisieren möchte, weil ich im Laufe meines Berufslebens sehr viel mit dem Thema Behinderung zu tun bekommen habe. Mir ist es als Publizist deshalb ein Anliegen, neue Entwicklungen in der Behindertenpolitik deutlich zu machen.

Von der Kriegsdienstverweigerung zur Heilpädagogik

Wie haben Sie zum behindertenpolitischen Engagement gefunden? Zuerst haben Sie in den 1970er Jahren in Köln Heilpädagogik studiert. Was hatte Sie an diesem Studiengang besonders interessiert?

Ich habe an der damaligen Abteilung für Heilpädagogik in Köln studiert. Die war noch nicht der Universität, sondern der Pädagogischen Hochschule zugeordnet. Ich war da

fast durch Zufall hineingerutscht. Zuvor hatte ich erst einmal ein Semester Diplom-Pädagogik in Aachen studiert, dann war ich bei der Bundeswehr. Ich glaube, meine Zeit bei der Bundeswehr war auch ganz entscheidend dafür, dass ich später zur Heilpädagogik gekommen bin. Ich bin im ländlichen Raum groß geworden, dort ging man damals eben zur Bundeswehr. Ich wollte bei der Bundeswehr auch Karriere machen und wurde später Unteroffizier. Aber während der Ausbildung habe ich gemerkt, dass ich nicht auf Menschen schießen kann, dass ich keine Menschen töten kann und das auch nicht tun will. Ich habe dann nach der Ableistung meines Wehrdienstes den Kriegsdienst verweigert, bin anerkannter Kriegsdienstverweigerer. Ich glaube, das war ein wesentliches Motiv dafür, dass ich dann in die Heilpädagogik gegangen bin. Natürlich lassen sich Beeinträchtigungen nicht heilen, aber dass ich in diesem Bereich arbeiten wollte, war ein Gegenentwurf dazu, Menschen durch Munition und Granaten körperbehindert zu schießen.

Gab es ein einschneidendes Erlebnis dazu oder war das mehr eine allgemeine Reflexion während Ihrer Wehrdienstzeit?

Das Erlebnis war, dass ich in der Ausbildung schießen musste – ‚Mann hinter Holzstoß‘ – und dass wir eine Wehrübung hatten, bei der ein Kamerad sehr schwer verletzt wurde. Ich habe auch einige Begräbnisse mitgemacht. Ich fand es absolut zynisch und menschenverachtend, wie dort der Umgangston war. Und das hat mich dazu gebracht, den Dienst an der Waffe zu verweigern.

Hatten Sie da schon eine Vorstellung von diesem Studiengang Heilpädagogik? Hatten Sie sich schon vorher darüber informiert?

Nein, überhaupt nicht oder sehr wenig. Bei uns im Ort gab es eine Sonderschule für Lernbehinderte, wie es damals hieß. Dort habe ich ein Praktikum gemacht und auch eines in Aachen im Vinzenz-Heim. Das war eigentlich alles. Ich wusste dann nur, das ist ein Bereich, in dem ich gerne arbeiten würde.

Hatten Sie da schon eine konkrete berufliche Perspektive oder wollten Sie sich dieses Feld erst einmal wissenschaftlich-theoretisch erarbeiten?

Das war damals die Krux an der Pädagogischen Hochschule: Man musste sich entscheiden, ob man den Weg als Lehrer in den Schuldienst oder den Weg als Diplom-Pädagoge gehen wollte. Damals erschien es mir als jungem Mann attraktiver, in den Schuldienst zu gehen als nicht zu wissen, ob ich als Diplom-Pädagoge eine Zukunft haben würde.

War das eher eine einsame Entscheidung oder hatten Sie Mitstreiter, mit denen Sie dann zusammen dieses Ziel verfolgt haben?

Die Entscheidung für den Schuldienst war allein meine Entscheidung. Aber im Laufe des Studiums haben wir auch Projektstudien gemacht. Da waren wir dann eine Gruppe von Studierenden und haben uns zum Beispiel mit der Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung auseinandergesetzt. Ursprünglich war es das Ziel, die Behinderten quasi an die Hand zu nehmen und mit ihnen zusammen nach einem Job für sie zu suchen, bis

wir dann gemerkt haben: Das kann nicht funktionieren bei der großen Zahl von arbeitslosen Menschen, die eine Behinderung oder eine Beeinträchtigung haben. Da haben wir dann unseren Ansatz ausgeweitet und gesagt: "Wir müssen auch auf die gesellschaftlichen Ursachen eingehen. Es müsste Berufswahlunterricht geben, es müsste mehr Aufklärung darüber geben, wie unser Jobsystem funktioniert." Wir sind dann mit behinderten Menschen an der Hand zu Karstadt gegangen und zu anderen Arbeitgebern. Da ist schon Bewusstseinsbildung entstanden im Laufe dieser Projektgruppenarbeit.

Sonderschulpraxis gegen die eigene Überzeugung

Also hatte das Studium auch schon einen starken Praxisbezug oder haben Sie versucht, den herzustellen?

Wir haben versucht, den herzustellen. Wir sind dabei von unseren Professorinnen und Professoren auch stark gefördert und gefordert worden. Eine Professorin, die ich sehr schätze, hat zu uns gesagt: "Ihr seid die kommende Generation von Sonderpädagogen, von Heilpädagogen, von Behindertenpädagogen" – die Bezeichnungen gingen damals Anfang der 1970er Jahre noch ziemlich durcheinander –, "ihr könnt etwas bewegen!" Das war damals schon der Anfang der Integrationsbewegung – aus der Exklusion heraus in die Integration hinein. Sie hat uns also dahin gebracht, mehr Sendungsbewusstsein zu entwickeln und nicht einfach in den Berufsalltag hineinzustolpern, sondern etwas Neues zu versuchen. Und das haben wir auch getan.

Wie kam es dazu, dass Sie dann anschließend in Berlin Publizistik studiert haben? Oder war das gleichzeitig?

Ich hatte 1977 mein Heilpädagogik-Studium beendet und habe dann sofort an der Sonderschule für Körperbehinderte in Köln eine halbe Stelle bekommen. Aber aus privaten Gründen habe ich mich dann nach Berlin orientiert. Ich habe mich dort in allen West-Berliner Bezirken beworben und bin dann sofort von einer Sonderschule für Lernbehinderte im Bezirk Neukölln übernommen worden. Ich hatte ja Lern- und Körperbehindertenpädagogik studiert. Dort war ich dann als Junglehrer tätig – von der Universität direkt vor die Klasse. Ich hatte eine fünfte Klasse, die ich als Klassenlehrer mit fünfundzwanzig Stunden plus begleitender weiterer Ausbildung für das Zweite Staatsexamen geleitet habe. Dort war ich zwei Jahre lang tätig und habe mich dann aus pädagogischen Gründen mit dem Rektor überworfen, weil er Erziehungsmaßnahmen anwandte, die ich nicht für sinnvoll hielt: Er hat Schüler, auch meine, wenn er Vertretung hatte, geschlagen, weil er sie ruhigstellen wollte. Ihm war meine Klasse oft zu laut, zu undiszipliniert. Ich wollte dann nur eine halbe Stelle als Lehrer haben, aber das ging nicht. Da habe ich nach zwei Jahren mein Beamtenverhältnis – ich war damals Beamter auf Probe – aufgekündigt. Ich hatte schon parallel dazu Probleme mit meiner Gesundheit bekommen und habe gemerkt, mein Körper sagt mir, dass das nicht das Richtige war, was ich da machte. Ich war damals auch im Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, der Bewegung schreibender Arbeiter, aktiv und hatte auch immer schon geschrieben. Da habe ich mich dann in Berlin im Studiengang Publizistik eingeschrieben.

Aber Sie waren erst einmal zwei Jahre an der Sonderschule?

Ich war dort Klassenlehrer von 1978 bis 1980.

Mit welchen Schüler*innen hatten Sie es zu tun?

Es war eine Sonderschule für lernbehinderte Schülerinnen und Schüler. Die Schüler*innen wurden als intelligenzgemindert, also mit Förderbedarf im Bereich Lernen, klassifiziert. Aber nach dem, was ich erlebt habe, waren es eher Schülerinnen und Schüler, die von ihrem Elternhaus nicht genügend gefördert werden konnten. Weil ich der einzige ausgebildete Sonderschullehrer war, hatte ich leider die Aufgabe, diese Schülerinnen und Schüler zu testen. Sie sind mir von der Grundschule wegen Auffälligkeiten gemeldet worden, und dann hieß es: "Herr Heiden, bitte testen Sie mal, ob diese Schülerinnen und Schüler nicht besser auf einer Schule für Lernbehinderte gefördert werden könnten." Dafür gab es ein Testinstrument, den HAWIK, das ist der sogenannte Hamburg-Wechsler-Intelligenztest für Kinder und Jugendliche. Der besteht aus einem Verbalteil und einem Handlungsteil. Im Verbalteil haben die Schülerinnen und Schüler sehr schlecht abgeschnitten – klar, das betraf das, was man in der Schule lernt. Aber im Handlungsteil waren sie eigentlich ganz gut. Ich hatte dann die Aufgabe, eine Förderempfehlung zu geben, die oft lautete: "Besuch der Sonderschule für Lernbehinderte", obwohl meine Schülerinnen und Schüler zum Beispiel besser Mopeds auseinandernehmen konnten als ich. Aber das wurde auf der Schule natürlich nicht nachgefragt. Deswegen sind sie dann in der Lernbehindertenschule gelandet, was ich persönlich für einen Fehler gehalten habe. Sie waren einfach nur nicht mit den Kulturtechniken vertraut, die an der Schule gefordert wurden.

Wie haben Sie als Klassenlehrer Ihren eigenen Unterricht gestaltet?

Ich habe versucht, ihn möglichst offen und demokratisch zu gestalten. Ich habe zum Beispiel Englischunterricht eingeführt. Und da ich ein bisschen Gitarre spielen kann, habe ich Musikunterricht mit eigenen Liedern eingeführt. Ich habe versucht, aktuelle Ereignisse aufzugreifen und in den Unterricht zu integrieren. Und ich habe versucht, Schülerinnen und Schüler aus der Sonderschule heraus wieder zurück auf die Hauptschule zu bringen. Bei einer Schülerin ist mir das auch gelungen. Ansonsten war es ein ganz normaler Frontalunterricht mit Projektanteilen. Ich bin mit Schülerinnen und Schülern aus der Schule herausgegangen und habe versucht zu zeigen: Wie kauft man ein? Wie sind die Preise für Lebensmittel? Ich habe also versucht, den Unterricht möglichst realitätsnah zu gestalten. Leider hatte die Schule starre Vorgaben. Diese Form des 45-Minuten-Unterrichts hat mir schon immer nicht gepasst, da ich auch von meiner Ausbildung her Projektunterricht kannte und es sehr schade fand, dass an dieser Schule die Möglichkeit des Projektunterrichts nicht gegeben war.

Sie haben von unterschiedlichen pädagogischen Auffassungen zwischen dem Rektor und Ihnen gesprochen. Wieso kam es dann für Sie auch nicht mehr in Frage, an einer anderen Sonderschule, wo Sie eventuell mehr Freiraum gehabt hätten, weiterzumachen und dort Ihre pädagogischen Ideen umzusetzen?

Das stand damals gar nicht im Raum. Ich hätte am liebsten nur eine halbe Lehrerstelle gehabt, aber das ging nicht. Vielleicht war es auch so, dass ich dann ein bisschen trotzig wurde und auch merkte, dass das herkömmliche Unterrichtsmodell mit der Wirklichkeit des Lebens nichts zu tun hatte und mich das damalige System Schule nicht mehr gereizt hat, sodass ich lieber in die Literatur, in die Publizistik wollte.

Von der Heilpädagogik zur Öffentlichkeitsarbeit

Was hatten Sie sich denn von dem Publizistikstudium erwartet?

Mein Traum war immer gewesen freier Schriftsteller zu werden. Ich hätte auch Publizistik und Germanistik studieren wollen. Ich hatte vorher schon kleine Veröffentlichungen gehabt und hatte erwartet, mich mit einem Germanistikstudium schriftstellerisch noch weiter qualifizieren zu können. Aber ich musste leider erleben, dass zumindest an der Freien Universität Berlin die Germanistik eher ein zerhackendes Analyseinstrument war. Das entsprach nicht meinem Verständnis von Literatur. Da habe ich die Germanistik abgewählt, mir mein erstes Studium der Heilpädagogik anerkennen lassen und mich ganz auf die Publizistik konzentriert. Ich wollte kreativ sein und aus Worten Texte, Bücher und Broschüren machen.

Sie waren also schon ein bisschen in Richtung Öffentlichkeitsarbeit orientiert.

Ich hatte weniger an Öffentlichkeitsarbeit gedacht. Aber in der Publizistik ging es auch um Kommunikationssoziologie, um Bereiche aus der Informationswissenschaft, um Klassifizierungen von Informationen. Und mich reizte der ganze Bereich Information und Kommunikation. Dort wollte ich mich zunächst weiterbilden, hatte aber keine konkreten Vorstellungen, was ich danach machen wollte. Ich wollte einfach das ungeliebte System Schule hinter mir lassen und dann mit der Publizistik neu durchstarten, ohne genau zu wissen, wohin.

Projekt barrierefreies Café mit Kursangebot

Zur gleichen Zeit musste ich mir mein Studium ja auch verdienen. Ich habe neunzehn Stunden pro Woche in einer "Behinderteneinrichtung" gearbeitet. Das war damals das erste rollstuhlgerechte Café Berlins – „Blisse 14“ – der Fürst Donnersmarck-Stiftung. Dort habe ich zunächst als Kellner gearbeitet und dann den Bereich Kultur und Öffentlichkeitsarbeit aufgebaut. Insofern hatte ich schon einen praktischen Bezug zur Öffentlichkeitsarbeit. Ich habe die Programmgestaltung gemacht, habe Kurse zusammengestellt, Broschüren gemacht. Das hat sich alles ganz gut ineinander verzahnt.

Welche Erfahrungen haben Sie in dieser Einrichtung gemacht? Es war ja ein Treffpunkt für Behinderte und Nichtbehinderte. Wie kann man sich den vorstellen?

Das war ein Experiment. Es war vorn ein ganz normales Café, und im hinteren Bereich

gab es Gruppenräume. Das Konzept war schon ein bisschen verrückt: Ich sollte als Kellner vielleicht einen Apfelsaft servieren und dabei dann merken, dass die Person irgendwie ein Problem hat, was sie aber nicht recht äußern konnte. Dann soll ich mich zum Beispiel dazusetzen und sagen: Wir haben hier übrigens auch ganz fantastische Kurse. Die sind dann und dann.“ Das hat aber nicht funktioniert. Das war zu naiv gedacht. Es blieb dann einfach ein ganz normales barrierefreies – damals rollstuhlgerechtes – Café, was sich allmählich als Treffpunkt entwickelt hat und sich im Laufe der Jahre dann wieder auseinanderentwickelt hat. Rollstuhlgerechte Cafés gab es damals im Berlin der frühen 1980er Jahre sonst nicht. Der zweite Schwerpunkt, das Sozialtherapeutische, hat sich dann in Richtung Bildungs- und Freizeitarbeit entwickelt. Beide Bereiche – Café und Kurse – wurden später getrennt.

Welche Kurse gab es dort? Gab es Schwerpunkte oder war das Angebot breit gefächert?

Es war breit gefächert, von Streiten lernen bis Fotografieren lernen. Ich selbst habe Literaturkurse angeboten und dort mit unterschiedlichen Personen, zum Beispiel Anna Seghers, gelesen. Wir hatten dann einen Briefwechsel mit ihr. Wir haben auch teilweise von Kafka “Die Verwandlung” gelesen und uns die Verfilmung angesehen. Das alles war im Grunde genommen eine Art Mini-Volkshochschule.

Ist denn in dieser Zeit auch schon die Idee entstanden, sich für die Rechte und Selbstbestimmung Behinderter einzusetzen? Oder wo würden Sie den Startpunkt dafür sehen?

Der Startpunkt lag eigentlich schon im Studium. Das hat sich dann fast von allein weiterentwickelt, weil ich nicht in eine Behinderteneinrichtung wollte, sondern dieses neue Konzept gut und sinnvoll fand. Alles, was neue Ansätze bedeutete, war ich bereit zu unterstützen. Dazu gehörte auch dieses barrierefreie Café, das mit einer minirevolutionären Idee verzahnt war. Das hat mich natürlich gereizt. Gleichzeitig konnte ich dadurch mein Studium finanzieren.

Wie lange haben Sie das gemacht?

Von 1980 bis 1985.

Als Publizist bei einem Behindertenverband

Und dann waren Sie von 1986 bis 1994 Chefredakteur der Fachzeitschrift ‚LEBEN&WEG‘, beim Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. (BSK). Wie kam es zu dem Wechsel von ‚Blisse 14‘ zu der Fachzeitschrift?

Ich hatte 1985 mein Zweitstudium als Magister beendet. Aber neunzehn Stunden Arbeit, das war mir doch ein bisschen zu wenig Geld. So suchte ich einen Job. Die Einrichtung, in der ich damals war, konnte mir nicht mehr Stunden bieten. Ich habe mich dann ein bisschen umgesehen, bis mich eines Tages ein Anruf erteilte: “Willst du nicht nach Süddeutschland kommen? Wir suchen gerade einen Chefredakteur für unsere Fachzeit-

schrift." Das fand ich natürlich sehr attraktiv vom Aufgabenspektrum her, da ich ja Lehrertätigkeit, Sonderschultätigkeit als Fachgebiet hatte und auf der anderen Seite die Publizistik. Nun hatte ich die Möglichkeit als Fachpublizist zu arbeiten. Die Schwierigkeit bestand aber darin, dass es nicht nur Süddeutschland war, sondern Krautheim. Das liegt, abschätzig gesagt, in Badisch Sibirien, irgendwo im Hohenlohekreis, also ungefähr zwischen Würzburg und Heilbronn. Ich musste mich dann mit meiner damaligen Familie entscheiden: Gehen wir da hin oder gehen wir da nicht hin? Schlussendlich sind wir da hin gegangen.

Was hat man sich unter der Fachzeitschrift ‚LEBEN&WEG‘ genauer vorzustellen? Welche Schwerpunkte haben Sie als Chefredakteur dort gesetzt?

Zunächst einmal habe ich die Zeitschrift neu ausgerichtet. Die Zeitschrift ‚LEBEN&WEG‘ hat ja auch den altbackenen Titel "Magazin für Körperbehinderte" getragen, und ich habe dann zunächst einmal versucht, einen festen Autorenstamm aufzubauen, der mir etwas zuliefern konnte. Ich habe versucht, die Zeitschrift in Richtung Selbstbestimmung, Barrierefreiheit zu führen mit einem politischen Schwerpunkt, was von meinem damaligen Vorgesetzten auch so gewünscht war. Der war auch neu als Verbandschef und suchte, wie er sagte, einen Kopf, der neue Inhalte in die Zeitschrift einbringen konnte. Das habe ich auch recht bald gemacht, denn in jener Zeit hat sich in den USA Einiges getan in Richtung gesetzliche Gleichstellung. Ich versucht, diese Entwicklung nach Deutschland zu bringen.

Mitgründung des ‚Initiativkreises Gleichstellung Behinderter‘

Während dieser Zeit haben Sie ja auch 1990 den ‚Initiativkreis Gleichstellung Behinderter‘ mitgegründet. Was und wer verbirgt sich hinter diesem Initiativkreis?

Das war damals eine Umbruchzeit. Ich war seit 1986 Chefredakteur, und nach dem Aufbau der Zeitschrift, so um 1988 herum, gab es für mich eine private Neuorientierung und dadurch war es für mich wichtig, auch ein Bundesbüro zu haben. Ich wollte eine stärkere politische Ausrichtung, da schien mir der Standort Süddeutschland politisch doch ein bisschen weit ab vom Schuss zu liegen. Wir hatten dann einen Termin in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn, und ich habe dem Verbandschef vorgeschlagen, ein Bonner Büro zu gründen, um vor Ort Termine wahrnehmen zu können und die politische Ausrichtung stärker in Bonn zu verankern. Das Bonner Büro wurde 1988 gegründet, kurz, bevor die Mauer fiel. Hinterher wäre es wahrscheinlich sofort zu einem Berliner Büro gekommen. **Und gleichzeitig hat in den USA das Repräsentantenhaus ein neues Gesetz verabschiedet, den sogenannten Americans with Disabilities Act (ADA). Ich war fasziniert von diesem neuen Ansatz, von Barrierefreiheit und Gleichstellung und dem Bürgerrechtsansatz. Ich dachte, das brauchen wir in Deutschland auch.** Mein damaliger Chef hatte Kontakte zum Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages, dort wurde dann der US-Gesetzestext ins Deutsche übersetzt. Wir haben dann 1990 in Bonn eine Tagung veranstaltet und unseren Gesetzesentwurf ‚Mobilitätssicherungsgesetz‘ genannt, weil es um die Mobilität körperbehinderter Menschen gehen sollte und haben den ganzen Tag lang über dieses amerikanische Gesetz gesprochen. Dann war Schluss. Wir dachten,

das kann nicht alles gewesen sein. Ich hatte dann die Idee, aus den Referentinnen und Referenten dieses Tages einen Zusammenschluss zu bilden. Das wurde dann der ‚Initiativkreis Gleichstellung Behinderter‘. Der war noch ein reines Personenbündnis, weil die Verbände sich damals nicht so grün waren und sehr darauf bedacht waren, ihre Eigenständigkeit zu wahren und auch nach außen hin zu dokumentieren. Da haben einige gesagt: „Ich komme hier als Person her, aber mein Vorstand würde nie beschließen, dass wir hier als Verbände zusammenarbeiten.“ Das war eine ganz wichtige Vorphase für diesen Initiativkreis, sodass sich dann aus verschiedenen Verbänden Menschen zusammengefunden haben, die die Idee von Gleichstellung, Barrierefreiheit und Bürgerrechtsansatz als sinnvoll angesehen haben.

Verfassungsänderung: Einbeziehung Behinderter

Wofür hat sich dieser Zusammenschluss konkret eingesetzt? Haben Sie einen eigenen Punkteplan aufgestellt? Sie hatten die Vorlage aus den USA und haben dann versucht, sie an die deutschen Verhältnisse anzupassen?

Wir haben das sofort gemacht. Den Initiativkreis hatte ich 1990 gegründet, und 1991 haben wir den sogenannten "Düsseldorfer Appell" verabschiedet und auf der Reha-Care, einer großen Hilfsmittelmesse in Düsseldorf, unter die Menschen gebracht. Der Düsseldorfer Appell beinhaltete zwei Hauptforderungen: Die eine war ein Gleichstellungsgesetz nach US-amerikanischem Vorbild, und die zweite war, bedingt durch die deutsche Einigung, dass die Verfassung neu diskutiert werden sollte. Wir haben gesagt: "Der zweite Punkt unserer deutschen Verfassung muss um den Zusatz ‚Behinderung‘ in Artikel 3 erweitert werden." Wir haben dann mit diesem Appell zigtausende Unterschriften gesammelt und sie 1993 der Bundestagsvizepräsidentin übergeben.

Welche Hürden gab es noch, bevor die Verfassungsänderung dann 1994 wirklich umgesetzt wurde? Mit welchen Problemen oder Widerständen gerade aus der Politik hatten Sie zu kämpfen?

Die größte Hürde war eigentlich, dass wir vor allem von der Union (CDU) gesagt bekommen, die Verfassungsänderung könnten wir uns in die Haare schmierem, die Verfassung dürfe nicht zum Warenhauskatalog verkommen. Da könnten ja alle Gruppen kommen, die im Grundgesetz genannt werden wollten. Das war ein Punkt, den wir überwinden mussten. Der zweite Punkt waren formale Vorgaben. Wir hatten eine Anhörung vor der Verfassungskommission und hatten dort auch einen Fürsprecher, Hans-Jochen Vogel von der SPD-Fraktion. Der war sehr interessiert und hat uns unterstützt. Nur hätte es einer Zweidrittelmehrheit bedurft, damit unser Vorschlag relevant geworden wäre. Dann gab es eine Abstimmung in der Verfassungskommission, und wir haben zwar eine einfache Mehrheit erzielt, aber keine Zweidrittelmehrheit. Diesen Tag werde ich nie vergessen. Ich war am Boden zerstört und dachte, jetzt war alles umsonst. War es aber nicht, weil nun die SPD-Fraktion in Gestalt von Hans-Jochen Vogel auf den Plan getreten ist und das ganze Verfahren noch einmal aufgerollt hat. Vor der Verfassungskommission waren wir zwar gescheitert, aber es gab nun ein neues parlamentarisches Verfahren. Wir hatten zu der Verfassungsergänzung auch eine Postkartenaktion gemacht mit dem Textvorschlag "Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt oder bevorzugt

werden". Und Hans-Jochen Vogel machte dann den Vorschlag: "Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden". Nur diese sieben Worte. Dieses Argument fand ich auch richtig, denn Maßnahmen zum Nachteilsausgleich müssen ja trotzdem zulässig sein und sind zulässig als Maßnahmen von der positiven Diskriminierung. Durch dieses Neuaufrollen im parlamentarischen Prozess waren wir wieder auf der Tagesordnung. Und dann hatten wir das Glück, dass gerade Wahlkampf war und Helmut Kohl auf einmal bemerkte, dass es mit uns vielleicht doch um einige Stimmen ging, die für ihn hilfreich sein konnten. So hat er auf einer Tagung des Sozialverbandes VdK verkündet, er sei doch dafür, das Grundgesetz entsprechend zu ändern. Wir haben das erfahren, während wir im Auto von einer Veranstaltung zurückkehrten, und es hätte uns beinahe von der Straße gefegt, so erstaunt waren wir. Eine Kehrtwendung um 180 Grad! Vorher hatten noch alle Unionsleute gesagt, es ginge nicht! Und nun ging es plötzlich doch. Am 30. Juni 1994 wurde unser Vorschlag dann mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Sie sagten, die Politik habe dann zumindest von der politischen Seite her doch noch ihre Meinung geändert. Es hatte einen intensiven Dialog mit der Politik gegeben. Aber wie war die Resonanz in der allgemeinen Bevölkerung? Hat die Öffentlichkeit diese Diskussion auch wahrgenommen und das Ergebnis befürwortet?

Nach meiner Einschätzung haben wir keine breite Öffentlichkeit erreicht, aber eine Fachöffentlichkeit. Alle Behindertenverbände waren eigentlich dafür, viele Politikerinnen und Politiker waren dafür. Unser Vorhaben war zunächst an einer, ich würde sagen, halsstarrigen Einschätzung, fast schon Realitätsverweigerung, gescheitert. Die wurde dann durch das Votum von Helmut Kohl durchbrochen. Aber wir konnten damals noch nicht auf eine breite Öffentlichkeit setzen.

Verhandlungen zur UN-Behindertenrechtskonvention

Ich möchte noch einmal auf das Entstehen der UN-Behindertenrechtskonvention eingehen. Damit waren Sie auch befasst. Sie ist 2006 von der UN-Generalversammlung verabschiedet worden und auf internationaler Ebene 2008 in Kraft getreten. Was war Ihre Rolle in diesem Prozess?

Ich hatte 1994 meine Tätigkeit beim Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. beendet, weil der Vorsitzende sehr stark in meine Zeitschrift eingegriffen hat. Wir suchten dann für den Initiativkreis, der mich weiter interessierte, eine finanzielle Förderung. Das hat nicht ganz geklappt. Wir haben uns dann später als Verein gegründet und uns ‚NETZWERK ARTIKEL 3‘ genannt, nach dem erweiterten Artikel 3 des Grundgesetzes, und als Namenszusatz ‚Verein für Menschenrechte und Gleichstellung Behinderter‘. Wir waren damals und sind heute noch der einzige Verein im Bereich Behinderung und Behindertenpolitik, der das Wort ‚Menschenrechte‘ im Titel führt. Damit war die Zielrichtung ganz klar. Wir haben den Verein dann weiterentwickelt. Die Zeitschrift, die der Verein herausgegeben hat, hieß dann ‚Behinderung und Menschenrecht‘. Ich war also auf die Spur gesetzt, muss zu meiner Schande aber gestehen, dass ich die Anfänge der Entwicklung der Behindertenrechtskonvention ab 2000 nicht so ganz mitbekommen habe,

da ich zur gleichen Zeit zusammen mit meiner Frau eher im Bereich barrierefreies Naturerleben unterwegs war. Alles, was damals in New York ablief, habe ich zwar mitbekommen, aber ich war noch kein aktiver Partner. Das passierte dann erst 2005, als meine Frau für den Deutschen Behindertenrat nach New York ging, um dort mit zu verhandeln und ich sie als Assistent begleitet habe. ‚Assistenz‘ meint hier natürlich ‚persönliche Assistenzleistungen‘, aber ich war auch in den Verhandlungsrunden mit dabei und habe mitdiskutiert über inklusive Bildung. Ich war auch an den Runden des Internationalen Zusammenschlusses der International Disability Alliance beteiligt, indem ich zum Beispiel die Kopierarbeiten der Vereinten Nationen erledigt habe, um unsere Papiere möglichst flächendeckend vor den Eingängen des Sitzungssaales zu verteilen. Das hat also alles mit umfasst.

Worauf haben Sie und Ihre Frau bei dieser Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen besonderen Wert gelegt? Worauf haben Sie sich besonders konzentriert?

Besonders konzentriert haben wir uns, da ich ja der Assistent meiner Frau war, auf den Bereich ‚Frauen mit Behinderung‘. Der war damals sehr umstritten im ersten Entwurf zur Konvention, weil der Bereich ‚Frauen‘ noch nicht vorhanden war. Wir waren sehr verwundert, und meine Frau hat dann zusammen mit einer anderen, einer Juristin, eine Kampagne gestartet, behinderte Frauen in der UN-Konvention sichtbar zu machen. Die Kampagne ist dann über die Homepage von NETZWERK ARTIKEL 3 gelaufen, dreisprachig, in Deutsch, Englisch und Spanisch. Dort haben wir dafür geworben, dass es sowohl einen eigenen Artikel in der Konvention geben sollte, als auch, dass die Konvention gegendert werden sollte und dass die Geschlechterperspektive in verschiedene Artikel eingebracht werden sollte. Das war unsere Hauptaufgabe. Ich war zwar teilweise noch im Bereich Artikel 12 ‚Gleiche Handlungsfähigkeit vor dem Recht‘ tätig und habe dort die Debatten mitverfolgt, aber der Bereich ‚Frauen mit Behinderung‘ war unser gemeinsamer Schwerpunkt.

Worauf haben Sie sich in der Zeit um 1994 bei Ihrer Neuorientierung besonders konzentriert?

Besonders konzentriert habe ich mich auf den Bereich ‚rechtliche Gleichstellung, internationale und europäische Gleichstellung‘. Ich habe auch zur europäischen Behindertenpolitik gearbeitet, besonders zu allen Aspekten von Barrierefreiheit, universellem Design und auch zur rechtlichen Gleichstellung von Menschen mit sogenannten geistigen Behinderungen, Menschen mit Lernschwierigkeiten. Vielleicht lag das auch ein bisschen daran, dass ich früher an einer Lernbehindertenschule unterrichtet habe. Ich habe zu dem Thema Filme gemacht, Broschüren herausgegeben – alles, was man als Publizist so tut.

Projekt ‚barrierefreies Naturerleben‘

Das Lieblingsprojekt war ‚barrierefreies Naturerleben‘, weil meine Frau und ich auch selbst große Naturfans sind und gern in der freien Natur unterwegs sind. Da konnten wir beides vereinen: Recherchetouren machen in deutschen, australischen und amerikani-

schen Nationalparks und das Wissen und Know-how, das wir dort erfahren haben, dann in die deutsche Diskussion einbringen und entsprechende Projekte durchführen.

Was kann man sich unter barrierefreiem Naturerleben genau vorstellen? Wo liegen da die Defizite, natürlich auch im Tourismus?

Die Defizite liegen darin, dass natürlich nicht die Natur barrierefrei gemacht werden soll. Es sollen nicht die Alpen abgetragen werden, der Watzmann soll nicht planiert werden, das Wattenmeer soll nicht asphaltiert werden. Nur überall dort, wo der Mensch eingreift, wo Naturerlebniszentren geschaffen werden, Wanderwege, Aussichtsplattformen – an all diesen Punkten sollen von vornherein Menschen mit Beeinträchtigung mitgedacht werden, dann kann Natur relativ einfach für alle erlebbar werden. Wir haben das in Nationalparks in den USA kennengelernt. In den Besucherzentren gab es als Toiletten Unisextoiletten, die so groß waren, dass sie mit dem Rollstuhl befahrbar waren. Und draußen gab es eine zusätzliche Beschriftung in Punktschrift. Das war eine Offenbarung für uns. So ging es also auch! Es gab rollstuhlgerechte Holzbohlenwege und, und, und. Durch die amerikanische Gesetzgebung waren dort ganz viele Ideen schon umgesetzt. Da dachten wir, das müssen wir nach Deutschland bringen.

Was konnten Sie auf diesem Gebiet bislang in Deutschland schon bewirken, und in welcher Form?

Ich denke, durch die Projekte von meiner Frau und mir hat der Gedanke des barrierefreien Naturerlebens in Deutschland wirklich Fuß gefasst. Wir waren mit die Ersten, die das Ende der 1990er Jahre gemacht haben über ein EU-Pilotprojekt ‚Naturerlebnis Küste für alle‘. Wir haben das an der Nordseeküste in den Niederlanden, in Dänemark und Deutschland gemacht, mit einer behinderungsübergreifend zusammengesetzten Gruppe. Wir haben Exkursionen durchgeführt und dann auch gute Beispiele dargestellt. Es war uns immer ganz wichtig, nicht zu sagen, wie schlecht alles ist, sondern wie andere es besser gemacht haben. In den Niederlanden gab es zum Beispiel einen Krabbenkutter, auf den konnte man mit Hilfe eines Hublifts. Da kam der Ladebaum vom Schiff herüber, mit dem Rollstuhl ging es auf den Hublift – und zack. Man konnte nicht so schnell fotografieren, wie man mit dem Rollstuhl auf dem Krabbenkutter war. Solche guten Beispiele haben wir gesammelt. Wir haben das Projekt dann Anfang 2000 fortgeführt mit einem Projekt über die Deutsche Bundesstiftung Umwelt. ‚Planungshilfen – Natur für alle‘ haben wir es genannt. In verschiedenen Bereichen – allgemeine Planung, Mobilität, Umweltbildung, Wegebau – haben wir in sieben verschiedenen kleinen Heften mit ganz vielen Beispielen dargestellt, was alles möglich ist. Parallel dazu waren wir aktiv beim Dachverband der Deutschen Großschutzgebiete, also der Nationalparks und Naturparks. Wir haben dort Vorträge gehalten und hatten Kontakt mit dem Papst der Deutschen Nationalparke, Hans Bibelriether. Der war auch ein Fürsprecher in diesem Bereich. Eigentlich haben wir offene Türen eingerannt. Uns wurde gesagt: „Ihr habt ja Recht, wir würden das ja auch gerne machen, wir wissen nur nicht, wie.“ Da haben wir gesagt: „Da können wir euch helfen“. Mit unserer publizistischen Kompetenz haben wir dann viel bewirkt, so dass barrierefreies Naturerleben heute vielerorts schon Standard ist und viele Großschutzgebiete sich entsprechend umorientieren. Nächste Woche sind wir zum Beispiel auf einer Tagung des Bundesamtes für Naturschutz, bei der es genau

darum geht. Als wir die Einladung zu dieser Tagung bekommen haben, haben wir gedacht: ‚Da werden jetzt ganz viele Impulse, die wir ursprünglich gesetzt haben, aufgegriffen.‘ Viele Menschen wissen das gar nicht. Aber das ist uns ziemlich egal, Hauptsache, die Natur wird erlebbar, davon profitieren auch wieder wir.

Medienbüro für behindertenpolitische Themen

Das ist auch sehr stark auf Ihr publizistisches Engagement zurückzuführen. Sie haben dann 1996 zusammen mit Ihrer Lebensgefährtin, Prof. Dr. Sigrid Arnade, das Medienbüro ‚JoB – Journalismus ohne Barrieren‘ gegründet, das ja auch an Ihr Engagement für barrierefreies Naturerleben anknüpft. Was waren Ihre Motive dafür?

Meine Frau war bereits freiberufliche Journalistin. Ich hatte als angestellter Publizist gearbeitet und war dann ein Jahr lang arbeitslos. Ich habe dann in Berlin verschiedentlich versucht einen Job zu bekommen, in der Öffentlichkeitsarbeit oder bei einem Behindertenverband), aber das hat nicht funktioniert. Meine Frau sagte immer: „Mach dich doch selbstständig.“ Das wollte ich aber absolut nicht, ich habe gesagt: „Das liegt mir nicht.“ Ich war es aber dann irgendwann leid mit der Stellensuche und dachte: ‚Wahrscheinlich ist doch für mich vorgesehen, dass ich Freiberufler werde‘. Das war dann eine sehr gute Entscheidung. Wir haben uns gesagt, wir können unsere Kräfte bündeln und gründen zusammen ein Medienbüro, und haben uns dann treffenderweise ‚Journalismus ohne Barrieren‘ genannt. Meine Frau hat mich dann auch zur Fernseharbeit gebracht, zum ZDF. Ich habe auch für den MDR gearbeitet. Zum einen konnten wir freiberuflich arbeiten, ohne zu starke Eingriffe von außen, zum anderen konnten wir Projekte machen, die uns am Herzen lagen und behindertenpolitisch etwas bewegen.

Wie groß war oder ist das Interesse der öffentlich-rechtlichen oder auch privaten Medien an behindertenpolitischen Themen? Hatten Sie das Gefühl, mit Ihrem Medienbüro eine Nische besetzen zu können? Oder hat sich das nur langsam entwickelt und mussten Sie bei den Redaktionen erst eine Sensibilität schaffen für diese Themen?

Nach meiner Einschätzung war es schon ein Nischenthema und ist es immer noch. Die Resonanz ist mittlerweile allerdings größer geworden. Als zum Beispiel Anfang der 1990er Jahre die Paralympics stattfanden, hat das ZDF damals die Sozialredaktion oder die Gesundheitsredaktion hingeschickt. Dabei ging es um Sport. Mittlerweile ist das nicht mehr denkbar, und die Öffentlich-Rechtlichen bestücken die Paralympics mit ihren Sportredaktionen. Es wurde dann auch so berichtet: ‚Der oder die hat den 100-Meter-Lauf gewonnen und ist von Jugend an beinamputiert‘. Ich finde, das hat überhaupt nichts damit zu tun, wie Personen mit ihrer Beeinträchtigung leben, sondern es geht um Sport. Und beim Sport will ich wissen, wer gewonnen und wer verloren hat, und das muss dann auch entsprechend berichtet werden. Im ‚normalen‘ Sport wird ja auch nicht berichtet, wie sich private Umstände auf die Leistung auswirken, es sei denn, es gibt einen direkten Zusammenhang.

Publizistik und Lobbyismus mit politischer Wirkung

Wie schätzen Sie aus Ihrer eigenen, jetzt schon jahrzehntelangen Erfahrung den Einfluss der Publizistik auf die Behindertenpolitik ein?

Das ist eine schwierige Frage. Ich versuche gerade in meiner Doktorarbeit, die ich anstrebe, ein bisschen Wirkungsanalyse im politischen Feld mit einzubauen. Ich glaube schon, dass die Publizistik eine Wirkung hat, vor allem, wenn Botschaften immer wieder wiederholt werden. Und ich glaube, es hatte auch eine Wirkung, dass wir einen sehr berühmten politischen Akteur hatten, nämlich Wolfgang Schäuble, der in seinem Rollstuhl einfach weiteragiert hat, ohne damit politisch irgendetwas bewirken zu wollen. Er hat einfach gezeigt: ‚Es ist vollkommen egal, ob ich gehe oder rolle oder mich anderswie fortbewege – ich bin Innenminister, ich bin der und der.‘ Wenn beides zusammenkommt – ungewollt gesellschaftliches Vorbild sein und die Publizistik –, dann kann man einiges bewegen. Wir waren ja auch nicht allein, es gab ja noch andere in diesem Bereich. Da muss ich das ZDF nennen, und auch die seinerzeitige Aktion Sorgenkind, die sich dann umbenannt hat in Aktion Mensch, die mit öffentlichen Kampagnen auch ganz stark mitgewirkt und sich für Aufklärung stark gemacht hat. Bei der Namensänderung gab es ja einen Zwischenschritt von der Aktion Sorgenkind über Aktion Grundgesetz zur Aktion Mensch. Die Aktion Grundgesetz hatte einen sehr starken publizistischen Ansatz. Es gab Plakate ‚Behindert ist man nicht, behindert wird man‘ und ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar‘. Dieser Öffentlichkeitsarbeit, die in die Breite ging, deren Plakate man hier in Berlin an allen Litfaßsäulen lesen konnte, zusammen mit einer publizistischen Arbeit wie die von unserem Büro und auch von anderen engagierten Kolleginnen und Kollegen, ist es schon ein Stück gelungen, den Perspektivenwechsel vom fürsorgeorientierten Modell hin zu einem Gleichstellungs- und Menschenrechtsmodell zu erreichen. Und wie groß dabei unser Beitrag war, wage ich nicht zu beurteilen.

Neuübersetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Sie haben in den letzten Jahren ja immer sozusagen auf zwei Hochzeiten getanzt – als Lobbyist und als Publizist. Ich würde gern mit der UN-Behindertenrechtskonvention daran anknüpfen: Wie haben Sie zweigleisig den Prozess der Umsetzung dieser Konvention in der Bundesrepublik begleitet? Worauf lag Ihr besonderes Augenmerk?

Wir waren sehr froh, als die Konvention 2006 verabschiedet wurde. 2008 ist sie dann international in Kraft getreten, aber nur in den zwanzig Staaten, die sie zuerst ratifiziert hatten. Deutschland war einer der ersten Staaten, der sie im März 2007 unterzeichnet hatte. Aber Unterzeichnen bedeutet nur eine Absichtserklärung: Ja, wir wollen diese Konvention umsetzen. Der entscheidende Schritt ist dann die Ratifikation. Und dafür hat Deutschland sehr lange gebraucht, was uns, wenn ich jetzt uns sage, ist es jetzt der Lobbyist, der für das NETZWERK ARTIKEL 3 verantwortlich mit in der Geschäftsführung war und ist. In diesem Prozess war die erste Stufe die Übersetzung der Konvention aus den sechs UN-Amtssprachen, also konkret aus dem Englischen ins Deutsche. Bei der Konventionserstellung in New York war die Zivilgesellschaft eigentlich ganz gut beteiligt gewesen. Das Motto ‚Nichts über uns ohne uns‘ wurde von der Leitung des Ad hoc-Ausschusses sehr ernst genommen. Das hat sich dann in Deutschland ins Gegen-

teil verkehrt. Wir haben immer gesagt: "Liebe Regierung, bitte beteiligt uns, wenn die Konvention ins Deutsche übersetzt wird. Es gibt dabei ganz viele Fallstricke." Das wurde leider nicht gehört, sondern es wurde eine offizielle Fassung erstellt mit den vier deutschsprachigen Ländern – Deutschland, Österreich, die Schweiz, Liechtenstein –, in der nach unserer Auffassung einige gravierende Fehler enthalten sind. Da haben wir dann gesagt: "Gut, dann machen wir eben selbst eine Übersetzung" und haben dann die Schattenübersetzung der UN-Konvention erstellt unter dem Dach von NETZWERK 3. Und mittlerweile taucht die in fast allen Dokumenten auf, und viele Menschen sagen schon, das sei die eigentlich die richtige deutsche Übersetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Mit welcher Übersetzung arbeitet dann letztendlich die Bundesregierung? Mit der offiziellen?

Die Bundesregierung legt eine Art Spagat hin: Sie arbeitet eigentlich mit der offiziellen Übersetzung. In der kommt zum Beispiel das Wort Inklusion überhaupt nicht vor. Das hat die Bundesregierung aber nicht daran gehindert, ihren ersten Aktionsplan 2011 'Unser Weg in eine inklusive Gesellschaft' zu nennen. Alle Hinweise, alle Nachfragen, ob man als Maßnahme im Aktionsplan nicht die Übersetzung ändern könne, sind bisher fehlgeschlagen. Österreich hat ganz aktuell eine eigene neue Übersetzung erarbeitet, bei der die deutsche Regierung nicht mitmachen wollte. Jetzt gibt es in Österreich also eine korrigierte Fassung mit den entsprechenden Begriffen wie 'inklusiv', 'Barrierefreiheit', 'Assistenz' statt Begriffen wie 'Hilfe', 'integrativ' oder 'Selbstbestimmung'. Das war in der abgestimmten offiziellen Fassung falsch übersetzt worden. Ich weiß nicht, wie die Bundesregierung das aushält, wie sie in der Öffentlichkeit eine Bewusstseinsbildung erreichen will mit dem offiziellen Text, in dem das Wort 'Inklusion' gar nicht vorkommt. Ich würde da als Ministerialer mir irgendwie gefoppt vorkommen und sagen: "Mein lieber Dienstherr, du verlangst von mir, dass ich Inklusion umsetze. Wo steht das denn überhaupt?" In einem ersten Schritt wollten wir also mit unserer Schattenübersetzung Bewusstseinsbildung betreiben. Der zweite Schritt war dann, dass alle Staaten, die die Konvention ratifiziert hatten, nach zwei Jahren das erste Mal darüber berichten sollten und dann nach vier Jahren noch einmal. Die Konvention schreibt auch vor, dass das in Abstimmung mit der Zivilgesellschaft passieren solle, das heißt also, die Zivilgesellschaft solle mitwirken. Es war dann aber so, dass der erste Staatenbericht der Bundesregierung ohne Mitwirkung der Zivilgesellschaft erstellt wurde beziehungsweise nur gesagt wurde: "Hier ist unser Text, ihr habt vierzehn Tage Zeit, um ihn euch kurz anzusehen und Änderungsvorschläge zu machen." Da waren dann die Zivilgesellschaft und wir natürlich sauer und haben gesagt: "So nicht. Wir schreiben sowieso unseren eigenen Alternativbericht und schließen uns jetzt in einer großen Allianz zusammen und bereiten für die Vereinten Nationen einen eigenen Bericht der Zivilgesellschaft vor." Das hat dann von 2012 bis 2015 gedauert. Ich war der Koordinator dieser breiten Allianz zivilgesellschaftlicher Organisationen. Wir haben zuerst gedacht, wenn wir zwanzig, dreißig zusammen bekämen, wäre das ganz gut. Und nachher sind es 78 geworden. Wir standen also vor der Herausforderung, mit 78 Organisationen einen Text zu erstellen. Aber ich denke, das ist uns ganz gut gelungen. Wir haben ein Jahr lang daran gearbeitet. Wir haben in zehn verschiedenen Arbeitsgruppen Texte erstellt, wir hatten (#00:11:48-7#) Versammlungen und haben es dann geschafft, Anfang des Jahres 2013 einen gemeinsamen Text zu verabschieden, der dann dem Menschenrechtsausschuss des Deut-

schen Bundestages übergeben wurde und der damaligen Arbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen. Dieser Text kam an die deutsche Öffentlichkeit. Er wurde ins Englische übersetzt und dann nach Genf dem Fachausschuss der Vereinten Nationen übersandt.

Kluft zwischen Gesetzeslage und Lebensrealität

Was ist seitdem passiert? Und was ist noch zu tun? Wo liegen noch Differenzen zwischen dem, was die Bundesregierung meint schon erfüllt zu haben und dem, was Sie vom Status quo berichten können?

Es liegen Welten dazwischen. Und das ist nicht nur in Deutschland so, das ist generell so in Staaten, dass die Gesetzeslage und die Lebensrealität auseinanderklaffen. Wir haben aus meiner Sicht einen geschönten Bericht der Bundesregierung, wie gut hier alles funktioniere, wie viele schöne Projekte es gebe. Demgegenüber steht unser Parallelbericht. Den haben wir ja beim UN-Fachausschuss eingereicht. Und die UN hat dann entsprechend beide behandelt. Zuvor gab es noch ein Verfahren. Die Bundesrepublik hat sogenannte Fragelisten vom Ausschuss bekommen. Und wir haben dann wieder Parallelfragelisten an den Ausschuss gegeben. Die Bundesrepublik hat geantwortet. Wir haben Parallelantworten gegeben. Da war ein munterer Prozess, der sich über zwei Jahre hingezogen hat bis zur Staatenprüfung im Jahre 2015. Dabei ist die Bundesrepublik in einem sogenannten konstruktiven Dialog zwei Tage lang geprüft worden. Wir waren als Zivilgesellschaft auch vor Ort und hatten die Möglichkeit, in einem einstündigen Anhörungsverfahren unsere Sicht der Dinge vor dem Ausschuss darzulegen. Schlussendlich ist dabei ein Dokument des Ausschusses herausgekommen, das ‚Abschließende Bemerkungen – Concluding Observations‘ heißt und in vielen Punkten der Bundesrepublik Deutschland eine Art Fahrplan auferlegt hat, was bis zur nächsten Staatenprüfung gemacht werden soll. Nach meiner Einschätzung steht die Bundesrepublik Deutschland noch ganz am Anfang ihrer Umsetzung des Fahrplans. Ich sehe das sehr kritisch. Teilweise hatte die Bundesrepublik im Bereich Artikel 27 ‚Arbeit‘ eher Rückschritte gemacht, doch der Ausschuss hat empfohlen, die Sonderwelten – Werkstätten für Menschen mit Behinderungen – schrittweise abzubauen. Aber die Bundesrepublik hat gerade mit den neuen Gesetzen quasi eine Bestandsgarantie für diese Werkstätten gegeben und es noch nicht einmal hinbekommen, einen Umkehrplan zu erstellen. Das alles ist ein sehr schwieriges Thema. Es gibt eine existierende Parallelwelt, die gut ausgebaut ist, die kann man nicht von heute auf morgen ändern. Aber ich kann sagen: „Ich mache einen Konversionsplan, ich mache einen Entwicklungsplan, dann kann das funktionieren.“ Nach meiner Einschätzung funktioniert das in dem Bereich nicht so gut. Es gibt andere Bereiche, es gibt das Konzept der angemessenen Vorkehrungen, da hat die Bundesrepublik erste Schritte unternommen, um dieses Rechtskonzept auch in das deutsche Recht einzuführen. Das sehe ich positiv. Da ist ein ganz zarter Ansatz. Aber aus meiner Sicht fehlt den Verantwortlichen wirklich die menschenrechtliche Brille, sie sagen nicht: „Menschenrechte behinderter Menschen werden auch in Deutschland verletzt, und das wollen wir mit aller Kraft ändern.“ Im Gegenteil: Es sind gerade gesetzliche Bemühungen um das Bundesteilhabegesetz im Gange, bei denen zwar vorn ein Etikett draufgeklebt wird ‚Gesetz zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention‘, aber auf der anderen Seite stecken da ein Spargesetz und ein Rückschritt drin. Das ist

für mich reiner Etikettenschwindel.

Beratung bei der Entstehung des Bundesteilhabegesetzes

Sie sind ja jetzt auch als Geschäftsstellenkoordinator für die Allianz der UN-Behindertenrechtskonvention tätig. Wie haben Sie sich als Interessenvertreter bei der Entstehung und Beratung des Bundesteilhabegesetzes engagiert? Wie konnten Sie es vielleicht auch mit beeinflussen?

Zunächst einmal war das Mandat der Allianz ja begrenzt. Wir wollten kein Superverband sein, das Mandat lief im Juni 2015 aus, es gibt also im Moment keine BRK (Behindertenrechtskonvention)-Allianz mehr. An der Entstehung des Bundesteilhabegesetzes war ich überhaupt nicht beteiligt. Meine Frau war dort als Vertreterin in allen Verhandlungsrunden im sogenannten Beteiligungsprozess mit dabei. Und auch im deutschen Behindertenrat und für ihren Verband war sie entsprechend tätig. Ich bin jetzt in einer anderen Funktion wieder mit hineingerutscht. Seit einem Jahr bin ich sozialwissenschaftlicher Mitarbeiter am Bochumer Zentrum für Disability Studies an der Evangelischen Hochschule in Bochum. Dort werden wir in der nächsten Woche eine Veranstaltung zum Bundesteilhabegesetz haben, wo unsere Hochschule unter meiner Mitwirkung auch eine Veranstaltung organisiert, wo wir als Zentrum für Disability Studies eine menschenrechtliche Einschätzung zu diesem Teilhabegesetz abgeben werden. Diese menschenrechtliche Einschätzung lautet, dass das, was jetzt als Gesetz vorliegt, eine eindeutige Verletzung unter anderem von Artikel 19 der Menschenrechtskonvention, von Artikel 3 ‚Allgemeine Grundsätze‘ und von Artikel 5 ‚Nichtdiskriminierung‘ bedeutet. So kann man keine Konvention umsetzen. Von daher bin ich in einer neuen Rolle mit dem Bundesteilhabegesetz befasst.

Die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention wird ja noch lange nicht oder nicht zur hundertprozentigen Zufriedenheit abgeschlossen sein. Was sind Ihre weiteren Pläne, Visionen und Wünsche für die Zukunft?

Meine derzeitige Chefin ist Prof. Dr. Theresia Degener. Sie ist auch stellvertretende Vorsitzende des UN-Fachausschusses. Sie hat einmal gesagt, wir hätten fünf Jahre gebraucht, um die Konvention zu verhandeln, wir würden fünfzig Jahre brauchen, um sie umzusetzen. Das heißt, die nächsten fünfzig Jahre werde ich mitwirken, die Konvention umzusetzen oder doch die Zeit, die mir bleibt. Das ist der eine Punkt. Mein anderer Schwerpunkt ist meine Promotion. Darin geht es mehr um den Bereich politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen beziehungsweise von Organisationen: Wie hat die Selbstbestimmt-Leben-Bewegung, in der ich verortet bin, Einfluss nehmen können auf Änderungen in der Politik? Welche Wirkungen hatten die Appelle, die Demonstrationen, die symbolischen Aktionen, die Aktionen, bei denen Menschen sich angekettet haben? Ich versuche das aufzuarbeiten und Zeitzeugen zu befragen, auch Expertinnen und Experten nach ihrer Einschätzung zu befragen: Wie haben Menschenrechtsorganisationen wie die Selbstbestimmt-Leben-Bewegung, die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben e.V. (ISL), NETZWERK ARTIKEL 3 sowie andere Organisationen zusammen die öffentliche Meinung und auch die Politik beeinflussen können? Ich hoffe, es gelingt mir, die Wirkfaktoren herauszuarbeiten für eine gelingende Partizipation. Denn,

was mich am meisten stört, ist immer die Aussage der Regierung, die Zivilgesellschaft sei ja eingebunden. Bei diesem Wort eingebunden zucke ich dann ein bisschen zusammen: Ich fühle mich dann bildlich wie gefesselt, verhaftet. Aber eine wirkliche Partizipation sieht anders aus. Da legen wir gemeinsam fest, wer die Tagesordnung bestimmt und wer wann zu welchem Punkt spricht. Wenn ich bei den Standards für die Partizipation von Selbstvertretungsorganisationen behinderter Menschen einen neuen Markierungspunkt setzen kann, bin ich schon sehr zufrieden.

Herr Heiden, vielen Dank für das Gespräch. Und ich wünsche Ihnen viel Erfolg und viel Kraft für die Aufgaben, die noch vor Ihnen liegen.